



19. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 19/ 4709

22.03.17/Ka.

**Dringlicher Antrag
der Fraktion der FDP
betreffend Hessen muss ein Einwanderungsgesetz mittragen**

PK

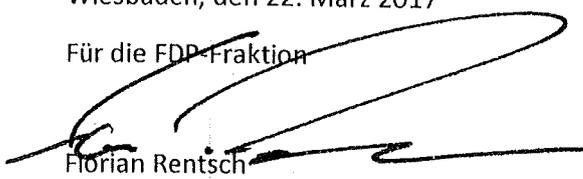
Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedauert, dass die hessische Landesregierung die Initiative der Länder Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Thüringen und Bremen für ein Einwanderungsgesetz nicht unterstützt hat.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der Integrationsministerkonferenz erneut für eine Initiative zur Ausarbeitung eines Einwanderungsgesetzes einzusetzen, das die Vorschläge der damaligen Süßmuth-Kommission aufgreift, um endlich zu einer gesteuerten und arbeitsmarktorientierten Zuwanderung zu kommen.
3. Der Landtag stellt fest, dass Deutschland aufgrund seiner demografischen Entwicklung künftig noch stärker als bisher auf ausländische Fachkräfte angewiesen sein wird. Das Aufenthaltsgesetz trägt diesem Umstand aufgrund seiner unzureichenden und unpraktikablen Regelungen nur ungenügend Rechnung.
4. Der Landtag kommt daher zu der Überzeugung, dass nur ein Einwanderungsgesetz eine qualifizierte Zuwanderung pragmatisch steuern kann. Über ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild werden Punkte errechnet, deren Anzahl sich insbesondere nach Qualifikation, Berufserfahrung und Sprachkenntnissen des einzelnen Bewerbers richtet. Je nach Bedarf kann über dieses Instrument jährlich festgelegt werden, wie viele Personen wir in unseren Arbeitsmarkt einladen, so dass die Einwanderung nach den Bedürfnissen der Bundesrepublik Deutschland gesteuert werden kann.

Begründung erfolgt mündlich.

Wiesbaden, den 22. März 2017

Für die FDP-Fraktion


Florian Rentsch
Fraktionsvorsitzender

EA 22.03.2017